

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4508. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4508

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellselle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonellselle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Entspannung in Oberschlesien. Das Räumungsabkommen beschlossen — ein Erfolg des Kabinetts Wirth.

Die Bemühungen der internationalen Kommission, den polnischen Aufstand und die Gegenaktion des deutschen Selbstschutzes zu liquidieren und ihre Autorität im Abstimmungsgebiet wiederherzustellen, die bisher immer an der Disziplinlosigkeit der Insurgenten und den militärischen Gelüsten des Selbstschutzes scheitert, scheinen endlich von Erfolg begleitet zu sein. Es ist ein Räumungsabkommen getroffen worden, über dessen Inhalt uns unser Berliner Korrespondent folgendes mitteilt:

Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. Z.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, ist die parlamentarische Kommission, die nach Oberschlesien gereist war, wieder zurückgekehrt und hat dem Kabinett Bericht erstattet. Zwischen dem englischen General Henniker und dem deutschen General Höfer ist ein Abkommen geschlossen worden. Danach soll die Räumung innerhalb sieben Tagen durchgeführt werden. Innerhalb der ersten zwei Tage räumen die Polen das von ihnen besetzte Gebiet westlich von Gleiwitz. Nachdem diese Linie erreicht ist, schwenkt der deutsche Selbstschutz nach beiden Flügeln hin auseinander, so daß rechts und links der Oder zwei getrennte Formationen des deutschen Selbstschutzes, die etwa eine Halbregimentsstärke umfassen, gebildet werden. Nach dieser Bewegung des deutschen Selbstschutzes gehen die polnischen Insurgenten weiter, zunächst bis hinter Königshütte und Weuthen und schließlich bis an die Grenze zurück. Sobald Oberschlesien von den polnischen Insurgenten völlig geräumt ist, löst der deutsche Selbstschutz sich völlig auf. Die internationalen Truppen rücken jeweils sofort in die geräumten Gebiete nach. Man hofft, daß innerhalb von sieben Tagen es gelungen sein wird, die Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen.

Was sich hinter den Ausbruch der Besatzungsaktion abspielt, ist noch nicht bekannt. Soviel scheint aber festzustellen zu können, daß die Besatzung zustande kam, erst die heftigsten Widerstände innerhalb der Selbstschutzorganisationen, die sich höchst militärisch gebärdeten und keine Neigung zeigten, mit dem Kriegsspielchen auszuweichen, zu überwinden waren, und daß an der Überwindung dieser Widerstände der Reichsführer Wirth einen großen Anteil hat. Es soll ihm die Anerkennung dafür nicht verweigert werden, daß es ihm gelungen ist, die Selbstschutzleute zur Raison zu bringen und ihnen klar zu machen, daß die zur Aufrechterhaltung Deutschlands notwendige Politik der Erfüllung der Ententebedingungen nicht durch die alldeutschen Kriegsgelüste, die sich in Oberschlesien breit machen, durchkreuzt werden dürfe.

Sollte das Räumungsabkommen sich nunmehr kluglos abwickeln — was bei der Auflösung der Disziplin unter den polnischen Insurgententruppen und der Mentalität der deutschen Selbstschutzleute noch immer zweifelhaft ist —, so wäre damit nicht nur die Ordnung in Oberschlesien wieder hergestellt und die Grundbedingungen für eine den Interessen Deutschlands an der Erhaltung des Industriegebiets gerecht werdende Lösung der ober-schlesischen Frage gegeben, sondern auch eine große innerpolitische Gefahr gebannt, die Gefahr des Wiederauflebens militärischer Putschversuche der Reaktion. Darum ist die Opposition der Deutschnationalen gegen die Regierungssaktion in Oberschlesien zu verstehen, um so erfreulicher aber ist es, daß sie eine gründliche Abfuhr damit erfahren haben: die Regierung hat im Parlament einen vollen Erfolg errungen, der sich darin ausdrückt, daß die Besprechung der deutschnationalen Interpellation über Oberschlesien vertagt wurde.

Darüber berichtet unser Berliner Korrespondent:
Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. Z.) Die russische Zeitung behauptet, daß in den letzten Tagen die Stellung des Kabinetts Wirth im Zusammenhang mit der ober-schlesischen Frage unter den Parteiführern ernsthaft erörtert worden ist. Es ist bezeichnend, daß diese Mitteilung noch dazu in äußerst ernstem Ton gerade von der russischen Zeitung ausgeht, die ja schon lange versucht, Anschluß an die Deutsche Volkspartei zu gewinnen. Es ist richtig, daß man im Parlament immer wieder von einer bevorstehenden Krise des Kabinetts Wirth faßelt und dabei auf die ober-schlesische Angelegenheit hinweist. Zunächst aber steht einmal fest, daß die Vertagung der deutschnationalen Interpellation über Oberschlesien auf unbestimmte Zeit einen politischen Erfolg des Kabinetts Wirth gerade in dieser Frage darstellt. Weiter steht fest, daß die Tatsache, daß die Proletarische Politik, die sowohl bei General Höfer als auch dem Zwölferausschuß unter Führung von Ullrich dem deutschen Interesse schwer schadet hat, nun von der Regierung erfolgreich bekämpft worden ist. Die Regierung hat also bisher in Oberschlesien mit ihrer Verdunnspolitik nur Erfolge zu verzeichnen, während die nationalpolitischen Phrasenhelden längst die Katastrophe vollzogen haben würden. Es sind also lediglich die Rechtsparteien, die allerdings gerne die ober-schlesische Frage zum Sturz des Kabinetts Wirth benützen würden.

Ein italienischer Teilungsplan.

Rom, 24. Juni. (I. A.) Die italienische Regierung vertritt den Standpunkt, daß die Zuteilung Oberschlesiens nach dem Räumungsverhältnis erfolgen soll; daß also Polen 40 Prozent zu-

fallen soll. Das Zentralindustriegebiet soll jedoch bei Deutschland verbleiben und Polen außer den Kreisen Pleß und Rybnik Teile von Lublitz und Rosenberg erhalten.

Das Ergebnis der Staatsmännerberatungen über Oberschlesien.

London, 23. Juni. Chamberlain erklärte im Unterhaus über die Konferenz zwischen Lord Curzon und Briand, die Lage in Oberschlesien sei erschöpfend geprüft worden. Dem Briand, der eine progressive Zurückziehung der Insurgenten und des deutschen Selbstschutzes aus den strittigen Gebieten vorschlägt, sei zugestimmt worden. Die alliierten Streitkräfte, deren Zahl sich auf etwa 20.000 beläuft, sollen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den geräumten Gebieten so lange verantwortlich sein, als die Entscheidung des Obersten Rates über die künftige Grenze noch in der Schwebe sei. Es sei beschlossen worden, der internationalen Kommission in Oberschlesien jede mögliche Unterstützung sowohl am Ort selbst als auch durch Vorstellungen bei den Regierungen in Berlin und Warschau zu gewähren. Um die endgültige Lösung der ober-schlesischen Frage zu beschleunigen, sei ferner beschlossen worden, die Kommission zu fragen, ob sie nicht mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse innerhalb angemessener Zeit einen gemeinsamen Bericht anstelle der vor einigen Wochen abgegebenen Teilberichte erstatten könnte. Falls eine Unterstützung durch technische Beamte gewünscht werde, werde eine solche zur Verfügung gestellt werden. Falls keiner dieser Wege als praktisch und gangbar angesehen werde, seien die alliierten Regierungen bereit, die Angelegenheit einem in London oder Paris tagenden technischen Ausschuss zu überweisen, um dem Obersten Rat bei seiner Entscheidung behilflich zu sein. Es sei festgestellt worden, daß der Oberste Rat im nächsten Monat in Boulogne zusammenzutreten solle, wo dieser sowie andre Gegenstände behandelt würden.

Polnische Munitionswaggons explodiert.

Rybnik, 23. Juni. Auf dem hiesigen Bahnhof sind gestern zwei polnische Munitionswaggons auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise explodiert. Nach vorläufiger Schätzung beläuft sich der entstandene Schaden auf 35 Mill. Mark. Von dem polnischen Kommandanten wurde eine Anzahl deutscher Kaufleute der Stadt Rybnik verpflichtet, da man den Deutschen die Schuld an der Explosion in die Schuhe zu schieben versucht. Die Erregung in der Stadt ist ungeheuer. Der Kreisinspektor telegraphierte an die internationalisierte Kommission, daß für ihn persönlich noch keine Gefahr bestehe.

Kein allgemeiner Streik in England.

London, 24. Juni. (I. A.) Der Volkswirtschaftsminister Bergarbeiter ist am Donnerstag in London zu einer Sitzung zusammengetreten. Die meisten Trade Unions, an die sich die Bergleute gewandt haben, über eine gemeinsame Aktion zu verhandeln, haben den Wunsch geäußert, sich nicht auf ein solches Unternehmen einzulassen. Eine gemeinsame Sitzung der Führer der Trade Unions und der Bergleute wird am Sonnabend in London stattfinden.

London, 24. Juni. (I. A.) Die Baumwollspinnereien in Manchester haben beschlossen, die Lohnermäßigungen anzunehmen, die in der gemeinsamen Sitzung mit den Arbeitern festgesetzt worden sind.

Die Arbeiterpartei unterstützt die Bergarbeiter.

London, 23. Juni. Die Konferenz der Arbeiterpartei faßte eine Entschliessung, die die Bewunderung für den Kampf der Bergarbeiter zum Ausdruck bringt, der im Interesse der Arbeiter als Ganzes geführt worden sei. Die Partei gelobt auch weiterhin Unterstützung. Eine weitere Entschliessung der Konferenz verlangt eine Revision aller Friedensverträge.

London, 23. Juni. (Reuter.) Zu der von der Arbeiterpartei angenommenen Entschliessung über eine Unterstützung der Bergarbeiter teilt Reuter mit, aus den auf der Konferenz gehaltenen Reden gehe hervor, daß damit eine finanzielle Unterstützung gemeint sei.

Bei der Abstimmung über den Antrag der kommunistischen Partei über den Beitritt zur Labour Party wurden 244.000 Stimmen für und 411.500 Stimmen dagegen abgegeben.

Die Angst der bayerischen Reaktionen vor der sozialistischen Kritik.

Keine Entlassung der sozialistischen Abgeordneten.

München, 23. Juni. Der Geschäftsordnungsausschuß des Bayerischen Landtages lehnte heute den Antrag der USPD, auf Entlassung der Abgeordneten Toller, Reiffsch, Eisenberger, Sauer, Sagmeister und Schmidt mit den Stimmen der bürgerlichen gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien ab. Abgeordneter Dr. Silvert (Mittelpartei) betonte dabei, daß der Landtag sich selbst aufgeben würde, wenn er diese Leute, die dem Parlament das Lebenslicht ausbläsen wollten, in die Molkerei versetzen würde, ihre verbrecherische (! D. Red.) Tätigkeit fortzusetzen.

Die Sowjetregierung drängt auf Anerkennung durch England.

London, 23. Juni. Daily Telegraph meldet, daß Krassin um eine persönliche Unterredung mit Lord George nachgesucht hat. Die Käteregierung in Rußland wird ansehend ungeduldig wegen der Verzögerung der endgültigen Friedensregelung. Krassin habe jetzt den Auftrag erhalten, darauf zu bestehen, daß der Sowjetregierung die endgültige Anerkennung einer gleichberechtigenden souveränen Macht zuteil werde.

Hölz als „Vorkämpfer des Proletariats“.

Der Sensationsprozeß in Berlin ist zu Ende. Das Untersuchungsgericht hat Max Hölz für den Rest seines Lebens ins Zuchthaus geschickt. Die Hölzdiade hat damit ihren vorläufigen Abschluß gefunden.

Max Hölz, der „Oberbefehlshaber der mitteldeutschen roten Armee“, hat vor dem Gericht mit Solz erklärt, wie er in Mitteldeutschland gegen die Bourgeoisie „Krieg“ geführt hat. Er hat Krieg geführt, wie er es als deutscher Husar im Weltkrieg gelernt hat. Er hat seine Armee gebildet, hat seine Leute kommandiert und stramm stehen lassen, hat Brücken gesprengt und Eisenbahnen zerstört, hat die Häuser seiner Feinde angezündet und den Bourgeois Kontributionen auferlegt und hat „requisitiert“ ganz wie es im Kriege so Brauch ist. Er hat eben den Krieg auf eigene Faust weitergeführt.

Es ist eine alte Erfahrung, daß jeder Krieg zu einer Verwilderung der Sitten führt, daß er noch jahrelang in vielen Einzelkriegen nachhittert. Die jahrelang herrschende Gesetzlosigkeit, die maßlose Verherrlichung der Gewalt und die offen gepredigte Mißachtung von Leben und Gut des Feindes üben noch auf lange Jahre hinaus ihre Wirkungen aus, besonders dann, wenn der Krieg die Massen des Volkes dem schlimmsten Elend überantwortet. Auch unter den Millionen, die während des vierzehnjährigen Völkermordens Kriegsdienste leisteten, hat es selbstverständlich eine Menge von Elementen gegeben, denen das Kriegesleben gefiel. Der Krieg hat solche Soldaten- und Kriegernaturen geradezu gezüchtet. Die Tatsache, daß nach dem Krieg jedes militärische Unternehmen, bei dem ein sorgen- und arbeitsfreies Leben und hoher Sold winkten, Tausende und aber Tausende anlockte, beweist das zur Genüge. Die meisten von diesen Elementen suchten und fanden den Anschluß nach rechts hin. Einzelne fielen auch — meist durch irgendwelche besondere Zufälle — nach der andern Seite. Zu ihnen gehört Max Hölz, der sich nach seinen eigenen Worten „beim Ausbruch des Krieges begeistert als Freiwilliger gemeldet hatte“. Er war während des Krieges ein tapferer „Streiter für Deutschlands Macht und Ehre“, und wenn Hölz jetzt sagt, daß er „nie eine sogenannte bürgerliche Ehre“ besessen habe, so ist das nur einer der vielen Beweise dafür, wie dieser großwahnsinnige Mensch mit Phrasen und Schlagworten um sich wirft. Mit Politik hat Hölz' Treiben an sich gar nichts zu tun. Und vom Sozialismus und Kommunismus versteht er ungefähr genau so viel, wie etwa der Oberst Bauer und der Hauptmann Pabst, die ja einst auch mit dem Gedanken gespielt haben, gegebenenfalls die Rolle als militärische Führer der Linken zu übernehmen.

Hölz ist also insofern durchaus keine originelle Erscheinung. Er hat in Deutschland Hunderte seinesgleichen. Der Unterschied zwischen diesen und ihm besteht nur darin, daß sich die andern eben ein andres Betätigungsfeld gesucht haben, sei es als Wahlkampfkämpfer, als Freikorpsführer oder als Häupter irgendeiner andern, militärisch organisierten Bande. Das Besondere des Falles Hölz, das für die Arbeiterschaft Besondere ist nur, daß dieser geistig befehlte Wirtkopf und Abenteuerer, Phrasendrescher und Gewaltmensch zugleich, einen so gewaltigen Einfluß auf einen immerhin nicht kleinen Teil von Arbeitern — wenn auch nur auf politisch Ungeübte und durch den Krieg gezüchtete wilde Arbeiter der Gewalt — gewinnen konnte. Hunderte und Tausende gutgläubiger Arbeiter haben ihren Irrtum schwer büßen müssen. Schier zahllos ist die Masse der Opfer, die das von Hölz geleitete militärische Unternehmen gefordert hat. Der Schaden, den die Hölz- und Konsorten, diese kommunistischen Ludendorffe, der Arbeiterbewegung zugefügt haben, ist unerschöpflich. Lange noch wird die deutsche Arbeiterschaft unter dieser Pferdekur, die ihr die kommunistischen Eisenbarthe von Schlage der Hölz, Lemel und Schneider verordnet haben, leiden müssen. Sie würde die schlimmste Krise gewiß schnell überwinden, wenn überall die Arbeiterschaft und alle ihre Führer die richtige Lehre aus der Hölzdiade ziehen würden und einmütig gelobten: So etwas darf nie wieder geschehen! Leider aber hat sich diese Erkenntnis durchaus nicht überall Bahn gebrochen, und das ist das Schlimmste an der ganzen Tragödie.

Als in den ersten Tagen des Märzpußches gemeldet wurde, daß Hölz in Mitteldeutschland tätig sei, schrieb der Leipziger Rote Kurier, es sei nicht wahr, daß Hölz dort sei und deshalb seien alle Nachrichten über Räubereien und Plünderungen erlogen. Das Kommunistenblatt gab damit zu, daß dort, wo Hölz auftritt, auch Räubereien selbstverständlich seien, und es rückte damit von Hölz ab. Das war damals auch durchaus verständlich, hatte doch die USPD, Hölz in aller Form aus der Partei ausgeschlossen und in der kommunistischen Internationale war geschrieben worden: „Weil wir aber nicht Dichter sind, und nicht ein junges Mädchen, weil wir Politiker sind, müssen wir sagen: Ein Rom-